

<b>Protokoll:</b>	<b>Jugendhilfeausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart</b>	<b>Niederschrift Nr.</b>	50
		<b>TOP:</b>	1
	<b>Verhandlung</b>	<b>Drucksache:</b>	95/2017
		<b>GZ:</b>	
<b>Sitzungstermin:</b>	26.06.2017		
<b>Sitzungsart:</b>	öffentlich		
<b>Vorsitz:</b>	BMin Fezer		
<b>Berichterstattung:</b>	Frau Haller-Kindler (OB-KB)		
<b>Protokollführung:</b>	Frau Kappallo / pö		
<b>Betreff:</b>	<b>Erster Statusbericht zur Umsetzung der Konzeption "Kinderfreundliches Stuttgart 2015 - 2020"</b>		

Beratungsunterlage ist die Mitteilungsvorlage des Herrn Oberbürgermeisters vom 28.04.2017, GRDRs 95/2017. Sie ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Datei- anhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll und dem Protokollexemplar für die Hauptaktei ist sie in Papier- form angehängt.

Frau Haller-Kindler knüpft einleitend an den Vortrag von Herrn Dr. Bürger (s. JHA vom 22.05.2017, NNr. 41) an und bemerkt den Zuwachs von ca. 10.000 Kindern und Ju- gendlichen in den nächsten Jahren. Um diese Gruppe müsse sich verstärkt gekümmert und in eine kinderfreundliche Stadt investiert werden.

Der Bericht sei sehr umfangreich, erläutere die Kinderbeauftragte, weshalb sie drei Punkte herausstellt:

1. Es sei ihr besonders wichtig, das Thema nachhaltig und verbindlich anzugehen.
2. Der umfassende Ansatz würde die Umsetzungsstrategie ausmachen; es gehe da- rum, die Anliegen von Kindern und Jugendlichen in den Handlungsfeldern umfas- send zu behandeln, sodass die Kinderfreundlichkeit die Stadt durchdringt.
3. Es handle sich darum, einen ehrlichen Bericht vorzulegen, der positive Entwicklun- gen deutlich mache und Defizite aufzeige.

Es gebe gute Entwicklungen in der Kinderbeteiligung, in der Kita- und Schulkindbetreuung, dem Aufbau der Kinder- und Familienzentren (KiFaZ), der Stadtteil- und Familienzentren und der Schulsozialarbeit. Die Sozial- und Gesundheitsberichterstattung gründet sich im Hinblick auf benachteiligte Kinder und Jugendliche auf eine sehr gute Datenbasis. Das Thema der Kinder mit Fluchterfahrung - ca. 3.000 Kinder leben in Stuttgart in Gemeinschaftsunterkünften - sei größer geworden, u. a. gebe es das Ziel, den Familien und Kindern die Strukturen der Stadt zugänglich zu machen. Eine weitere Zielrichtung in Sachen kinderfreundliche Kommune sei, verbindlich und strukturiert vorzugehen. Dafür würden Standards, die für die ganze Verwaltung gelten, benötigt. Die Ämter der Stadtverwaltung bräuchten Sach- und Personalmittel, damit sie das Anliegen "Kinderfreundliches Stuttgart" als Querschnittsthema gut behandeln könnten. Zum Beispiel müssten die über 500 Spielplätze instandgehalten und gepflegt werden. Sie verspricht: "Ich werde im Rahmen meiner Möglichkeiten für Stellen klappern".

Im Bericht sei außerdem angekündigt, ein Qualitätssiegel "Kinderfreundliche Kommune" anzustreben. Dazu werde es eine separate Mitteilungsvorlage geben. Nach der Berichterstattung dankt sie sämtlichen Akteuren, dem Gemeinderat und den Kinderbeauftragten in den Ämtern, die sich der Aufgaben annehmen würden.

Zunächst begrüßt BMin Fezer Herrn Schell ausdrücklich als neues stellvertretendes Mitglied des Stadtjugendrings, bevor sie den Stadträten und den freien Trägern das Wort gibt.

Lobend erwähnen StRin Ripsam (CDU), StRin Vowinkel (SPD) und StRin Nuber-Schöllhammer (90/GRÜNE) den Bericht. StRin Ripsam könnte sich zukünftig eine gebundene Form vorstellen, wobei StRin Nuber-Schöllhammer die vorliegende Form begrüßt.

Zu den einzelnen Handlungsfeldern bemerken die Stadträtinnen Folgendes: Zum Handlungsfeld 1 (Sicherheit und Sauberkeit) erkundigt sich StRin Ripsam, welche Stadtteile aufgrund mangelnder Ressourcen für die Stadtteilrundgänge nicht berücksichtigt werden könnten. Die Sauberkeit in der Stadt, besonders auf den Spielplätzen, könnte verbessert werden, meint StRin Ripsam. Die Abfallbeseitigung sollte in den Haushaltsplanberatungen besprochen werden, meinen die StRinnen Ripsam und Nuber-Schöllhammer. Auf eine Frage von Herrn Wohlfahrt antwortet Frau Haller-Kindler, die gelben Karten erreichten sie über das Haupt- und Personalamt.

Die gefühlte Sicherheit sei für Kinder wichtig, meint StRin Nuber-Schöllhammer. Diese könne deshalb nicht nur als städtische Aufgabe gesehen werden. Hierbei müssten die Eltern mit ins Boot genommen werden, was durch die Arbeit der Kinder- und Familienzentren gelinge. Frau Haller-Kindler erinnert daran, dass ihre Aufgabe darin bestehe, die Kollegen aus den Ämtern an die Durchführung der Projekte zu erinnern, zu mahnen und zu fordern. Auf eine Frage von StRin Nuber-Schöllhammer bemerkt Frau Haller-Kindler, es würden nicht alle 23 Stadtteile begangen werden. Es werde dort aktiv vorgegangen, wo es Anzeichen gebe, dass das Thema Sicherheit ein Problem darstelle. Mit Herrn Belgardt (Ref. SOS) werde es diesbezüglich Gespräche geben, um das Instrument gezielt einzusetzen.

Zum Handlungsfeld 2 (Umwelt und Natur) hebt StRin Nuber-Schöllhammer die naturpädagogischen Angebote hervor und meint, die Kinder müssten die Natur im Rahmen des

Ganztagsschulbesuchs erlebbar wahrnehmen. Eine andere Ansicht äußert StR Klingler (AfD), der Stuttgarter Wald sei ausreichend erschlossen. Als Jugendverbandsvertreter vermisst Herr Titze den Naturschutzbund Deutschland (NABU) innerhalb dieser Fachgruppe. Der Wald sei sehr gut erschlossen, äußert Frau Haller-Kindler. Allerdings solle der Wald den Kindern bekannt gemacht werden, die bisher nicht in den Wald kommen. Kitas und Schulen müssten diese Zugänge erhalten.

Zum Handlungsfeld 3 bemerkt StRin Ripsam, die Schwimmfähigkeit der Kinder sollte verbessert werden. Hierzu äußert Frau Haller-Kindler, Herr BM Dr. Schairer (Ref. SOS) habe mit seiner Initiative "schwimmfit" eine Bewegung mit der Folge vieler neuer Schwimmkurse losgetreten.

Zu den Handlungsfeldern 4 (Stadtraum und Spielflächen) und 6 (Mobilität und Verkehr) stellt StRin Ripsam anhand des Berichts einen erhöhten Personalbedarf fest. Da sämtliche Referate die Vorlage mitgezeichnet hätten, gehe sie von einer entsprechenden Beantragung in den Haushaltsplanberatungen durch die Fachverwaltung aus. Bei den Spielflächen, meinen StRin Vowinkel und Herr Wohlfahrt, gehe es nicht um die Quantität, sondern darum, die bereits vorhandenen Spielflächen in Ordnung zu halten. Hier müsste ein höherer Betrag für die Wartung und Unterhaltung, als der in der Vorlage genannte Betrag von 700.000 €, bereitgestellt werden. Herr Wohlfahrt empfiehlt die vermehrte Aufstellung von Mülleimern und Hinweistafeln für Hundebesitzer auf den ausgewiesenen Spielflächen.

Zum Handlungsfeld 5 (Armut, Teilhabe und Chancengerechtigkeit) geht StRin Ripsam auf die Problemanzeigen in Schulen, auf die fehlenden Kitaplätze sowie die unbefriedigende Wohnsituation der Kinder in den Flüchtlingsunterkünften ein. Sie möchte wissen, um welche Probleme es sich bei den Flüchtlingskindern in den Schulen handle und welche fehlenden Kitaplätze gemeint seien. Bei diesem Handlungsfeld strebt StRin Nuber-Schöllhammer Chancengleichheit, Gerechtigkeit und Teilhabe an. Zur Situation der Flüchtlingskinder meint diese Stadträtin, die Zielgruppe müsste gut im Blick gehalten werden. Sie tendiere dazu, dass diese Kinder den Schulalltag im Ganztagsunterricht erleben sollten. StRin Vowinkel und Herr Titze stellen die Einbindung der Familie bei diesem Handlungsfeld fest und regen in diesem Zusammenhang eine Armutskonferenz an. Innerhalb des Arbeitskreises "Armut und Teilhabe" sollte die Stelle für Chancengleichheit mit im Boot sein. Die Unterstützung von Familien in diesem Handlungsfeld, betont StRin Halding-Hoppenheit (SÖS-LINKE-PluS), müsse sichergestellt sein.

Im Bereich der Sport- und Sprachförderung würden die Kinder aus Südeuropa eine gute Sprachkompetenz erwerben, stellt StR Klingler fest. Die Zielgruppe der Flüchtlinge werde seiner Meinung nach zu sehr hervorgehoben. Die Anspruchsvoraussetzungen für den Erhalt eines Kitaplatzes bemängelt wiederholt Herr Wohlfahrt. Es könne nicht das Auswahlkriterium "mögliche Berufstätigkeit der Eltern" angesetzt werden, zumal Eltern von Flüchtlingskindern keine Arbeitserlaubnis erhielten. Zu den Flüchtlingskindern erwähnt Frau Haller-Kindler, im Mai 2017 hätte eine Veranstaltung zur Kinderarmut stattgefunden. Definitiv werden nicht nur die Flüchtlingskinder in den Blick genommen, versichert sie. Die Situation bei der Kitaplatzvergabe hätte sich in den letzten sechs Monaten sehr verbessert - allerdings gebe es weiteren Bedarf.

Zum Handlungsfeld 6 (Mobilität und Verkehr) bemerkt StRin Ripsam einen entsprechenden Personalmangel und geht auch hier von einer Beantragung durch die Fachverwaltung aus. Die Überarbeitung der Lehrmaterialien im Projekt "FahrRad und Schu-

le" sei festgestellt worden, worauf sich ihre Nachfrage bezieht. Mit dem Projekt "Rad und Schule" werde aufgezeigt, so Frau Haller-Kindler, wie das Radfahren unterstützt werden könne. Der Ordner, der eine umfassende Sammlung von Tipps und Projektideen zur Integration des Fahrrads in den Schulalltag enthalte, müsse sowohl digitalisiert als auch überarbeitet werden, wofür es laut Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung keine Ressourcen gebe. Auf eine Frage von StRin Ripsam, ob dieses Projekt für den diesjährigen Haushalt angemeldet sei, antwortet Frau Haller-Kindler, dass sie das Thema ansprechen werde. Zur Verkehrssicherheit kritisiert Herr Wohlfahrt das Zuparken der Schulwege. Das Tempo 30 vor Stuttgarter Kitas und Schulen setzt Herr Wohlfahrt voraus.

Auf eine weitere Frage von StRin Ripsam zum Handlungsfeld 8 (Schulen, Kitas und offene Einrichtungen) hinsichtlich der Erhebung von Erfahrungen und Bewertungen in den bestehenden Ganztagsgrundschulen antwortet die Vorsitzende, sie führe diese Erhebung durch. Es gehe um die Qualitätsanalyse zum Thema Ganztagschule. StRin Nuber-Schöllhammer zeigt sich erstaunt, dass die Schulsozialarbeit in der Bewertung hinunterfalle. Das Thema Schulsozialarbeit sei ein sehr gutes Instrument, betont Frau Haller-Kindler. Es gehe bei dieser Bewertung um die Personen, die davon noch profitieren könnten. Auf eine weitere Frage erwähnt Frau Haller-Kindler, in den Schulen sei der Übergang von der Vorbereitungsklasse (VK) in den Regelunterricht schwierig. Das liege nicht nur an den Sprachkenntnissen. Im nächsten Schuljahr gebe es 106 Vorbereitungsklassen. Von diesen würden 7 VK den ganzen Tag unterrichtet. Dabei sei es problematisch, dass sich das Deputat nur auf 18 Lehrer-Wochenstunden belaufe. Aktuell werde ein Brief von Herrn OB Kuhn an Frau Dr. Eisenmann vorbereitet mit dem Hinweis, wie wichtig es wäre, wenn mehr von diesen Kindern im Ganztage beschult werden könnten.

Zum Handlungsfeld 9 (Kultur) begrüßt StRin Ripsam das kostenlose Kulturprogramm im Sinne eines "Kulturrucksacks", speziell für Grundschulen. Dabei interessiert sie die finanzielle Ausstattung des Projekts. Zu der kulturellen Bildung antwortet Frau Haller-Kindler, das Netzwerk Kulturelle Bildung Stuttgart (kubi-S) eröffne als Kontakt- und Serviceplattform Zugänge zu kulturellen Angeboten - mit der Ansprechpartnerin Frau Fischer. Lobend erwähnt StRin Nuber-Schöllhammer die Bonuscard, mit der Kinder das breite Angebot erleben könnten. Die vielseitigen Möglichkeiten, die die Bonuscard biete, müssten den Familien bekanntgemacht werden. Hierzu stellt StRin von Stein (FW) die Frage, wie häufig die Bonuscard für kulturelle Veranstaltungen in Anspruch genommen werde. Herr Wohlfahrt bemängelt, dass viele Eltern keine Informationen zur Bonuscard hätten.

Im Anschluss interessiert StRin Ripsam der Erwerb des Siegels einer familienfreundlichen Kommune, das vom Kinderhilfswerk UNICEF vergeben werde. Hierzu meint sie, eine kinderfreundliche Kommune hätte eine andere Zielrichtung mit anderen Handlungsfeldern als eine familienfreundliche Kommune, wobei sich dieser Aussage StRin Nuber-Schöllhammer anschließt. Frau Haller-Kindler veranschaulicht, es müsse "Kinderfreundliche Kommune" heißen; es handle sich um einen Fehler in der Vorlage.

Interessiert zeigt sich StRin Nuber-Schöllhammer an der sogenannten Kindersprechstunde und fragt, wie viele Kinder diese Möglichkeit nutzen würden. Zur Kindersprechstunde seien bisher fünf Kinder erschienen, so Frau Haller-Kindler, da die Hürden im Rathaus sehr hoch seien. Die Methode, zu den Kindern hinzugehen und diese zu beteiligen, sei wesentlich effektiver.

StRin von Stein vermisst das Thema der Inklusion in den vorliegenden Handlungsfeldern. In einem kinderfreundlichen Umfeld müsse dies von Beginn an thematisiert werden. Sie interessiert die Anzahl der beteiligten beeinträchtigten Kinder. Insgesamt stellt sie in vielen Bereichen gelebte Kinderfreundlichkeit fest und bedankt sich in diesem Zusammenhang ausdrücklich für die geleistete Arbeit. Frau Haller-Kindler erwähnt, dieses Thema sei momentan als Querschnittsthema formuliert und ziehe sich so durch die Fachgruppen hindurch. Es sei nicht so, dass Inklusion nicht im Fokus sei, allerdings könne sie noch nicht so viele Erfolgsmeldungen bringen.

Zum Spielmobil (s. Seite 5 der Vorlage) erkundigt sich StR Klingler, ob dieses nur für Flüchtlingskinder gedacht sei und wer dieses finanziere. Herr Kelle erklärt, die Kosten des Spielmobils, das sich im Eigentum der Jugendhausgesellschaft befinde, würden bis Ende 2017 über Spendengelder bestritten. Eine weitere Finanzierung sei bisher nicht gesichert.

Herr Wohlfahrt befürwortet die Vorlage und unterstreicht entsprechende Hinweise zu haushaltsrelevanten Themen. Er stellt fest, dass der Bericht "absichtlich" Defizite aufzeige, damit sich Stuttgart als kinderfreundliche Stadt weiterentwickeln könne, und regt für die Zusammensetzung der Fachgruppen die Teilnahme der Kindertagesstätten-Elternvertreter an. Hierzu schließt sich Herr Titze an, und bemängelt die grundsätzlich geringe Teilnahme der freien Träger und Verbände. Frau Haller-Kindler sagt zu, die Anregung aufzunehmen.

BMin Fezer stellt fest:

Der Jugendhilfeausschuss hat von der GR Drs 95/2017 Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Kappallo / pö

## Verteiler:

- I. OB-PR  
zur Weiterbehandlung  
OB-KB  
weg. GR

## II. nachrichtlich an:

1. Herrn Oberbürgermeister  
SSB  
VVS
2. Referat AKR  
Haupt- und Personalamt  
Kulturamt (2)
3. Referat WFB  
Stadtkämmerei (2)  
Amt für Liegenschaften und Wohnen (2)
4. Referat SOS  
Amt für öffentliche Ordnung  
Amt für Sport und Bewegung (2)  
SOS/KKP
5. Referat JB  
Schulverwaltungsamt (2)  
Jugendamt (2)
6. Referat SI  
Sozialamt (2)  
Gesundheitsamt (2)
7. Referat StU  
Amt für Umweltschutz  
Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung (3)
8. Referat T  
Tiefbauamt (2)  
Garten-, Friedhofs- und Forstamt (2)  
AWS (2)
9. BVinnen Mitte, Nord, Ost,  
BV Süd, West
10. BezÄ Ca, Bo, De, Feu, Hed, Mö, Mühl, Mün,  
Ob, P-B, Si, Sta, Un, Vai, Wa, Weil, Zu
11. Rechnungsprüfungsamt
12. L/OB-K
13. Hauptaktei

- III. 1. CDU-Fraktion
2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
3. SPD-Fraktion
4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
5. Fraktion Freie Wähler
6. AfD-Fraktion
7. Gruppierung FDP
8. Die STAdTISTEN

